

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauschaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 3721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Bewerbschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauschaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Der Kampf um die Herrschaft in der Gemeinde.

Morgen **Dienstag** von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr finden die **Stadtverordnetenwahlen** statt. In allen vier Kreisen der III. Wählerklasse ringen die Kandidaten der Sozialdemokratie um den Sieg gegen die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Es ist eines jeden Parteigenossen Ehrenpflicht, alles daran zu setzen, daß kein einziges Mandat der III. Klasse mehr unseren Gegnern zufällt.

Das bestehende Geldsack-Wahlrecht hat die Massen der Wählerschaft entrechtet und die Herrschaft in die Hände der von einer kleinen Minderheit gewählten Stadtverordneten gelegt. Die Kapitalisten und Hausagrarien verfügen über zwei Drittel aller Mandate. Um so notwendiger ist es deshalb, daß wenigstens von der III. Klasse, in der die Besitzlosen wählen, Männer ins Stadtparlament entsandt werden, die dafür sorgen, daß sich die Gemeinde ihrer sozialen Pflichten bewußt wird. Das Hausagrariertum streckt aber auch nach den Mandaten der III. Klasse seine Hand aus. Im Bunde mit den Mittelstandsbreitern strebt es nach der absoluten Mehrheit, um in der Industrie- und Handelsstadt Leipzig eine Kommunalwirtschaft rückständigster Sorte zu etablieren. Das ungerechte Dreiklassenwahlrecht, das der Sozialdemokratie den Weg verlegen sollte, ist für die reaktionärsten Elemente zum Sprungbrett geworden, von dem aus sie in die städtischen Körperschaften gelangen. Es liegt eine beißende Ironie für die Wahlrechtsmoder in der Tatsache, daß die des gleichen Wahlrechts beraubte Sozialdemokratie den Kampf gegen die schwärzeste Reaktion führen und auf der ganzen Linie siegreich bestehen muß, wenn nicht die ganze Gemeinde-Entwicklung des „geliebten Leipzig“ der Gefahr der Vernichtung anheimfallen soll.

Wenn morgen die Leipziger Sozialdemokratie mit dem Aufwande ihrer ganzen Kraft an die Erfüllung der ihr zugefallenen Aufgabe herantritt, so leitet sie hierbei keineswegs das Mitleid mit den Vertretern des mobilen Kapitals, die ihr Schicksal wahrlich voll verdient hätten, sondern lediglich der Wille, es zu verhindern, daß unsere Großstadt ganz zu einem kommunal-sozialen Krähwinkel werde und sich noch weiter von kleineren, leistungsunfähigeren Gemeinden überholen lasse. Es ist die Borniertheit und sozialpolitische Unfähigkeit der jetzt nach der Gemeindegewalt die Hand ausstreckenden reaktionären Gruppen, die die Sozialdemokratie zwingt, gegen diese Elemente den Kampf bis aufs Messer aufzunehmen.

Arbeiter, Parteigenossen! Der kommende Tag, der Wahltag für die Bürger III. Klasse, ist entscheidend für das Gemeindegewalt unserer Stadt auf lange Zeiten hinaus. Es gilt, die Bahn frei zu halten für eine Fortentwicklung der kommunalen Einrichtungen, die geleitet sein muß von den Rücksichten auf die Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung. Gelingt es uns nicht, die reaktionären Gruppen von dem abermaligen Einbrechen in die III. Wählerklasse abzuhalten, so ist mit absoluter Sicherheit darauf zu rechnen, daß durch jedes kommunal-soziale Programm ein dicker Strich gemacht wird und daß das jetzige Wahlrecht mit samt der ungekehrten Wahlkreiseinteilung von der dadurch zu stande gekommenen reaktionären Mehrheit dauernd beibehalten werden wird.

Einmal im Besitze der Macht wird die Hausbesitzerpartei mit den von ihr abhängigen Stadtverordneten nicht lange zögern, ihr altes Steuerprogramm, d. h. die Befreiung der Grundsteuer und die Einführung indirekter Steuern, in erster Linie der Umsatzsteuer, ins Werk zu setzen. An eine Weiterführung der Reformen im Wohnungswesen ist dann nicht mehr zu denken. Der Beginn der so sehnlichst erwarteten Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen Konjunktur und die dadurch hervorgerufene stärkere Nachfrage nach Wohnungen werden das Signal für neue Mietpreistreiberien bilden, und die arbeitenden Klassen würden gezwungen sein, eine vielleicht nach schweren Kämpfen errungene Lohnanbesserung den Hausbesitzern an den Hals zu werfen.

Wir haben es in der Hausagrariertpartei und den übrigen reaktionären Gruppen mit Verblindeten zu thun, von denen jeder lästern ist, auf seine Art die breite Masse der Bevölkerung auszubeuten. Durch die Eroberung der kommunalen Macht soll dies in der ergiebigsten Weise ermöglicht werden. Der Sozialdemokratie als der politischen Kampforganisation der klassenbewußten Arbeiter liegt die Pflicht ob, den Plan zu vereiteln. Das **einzigste Mittel** hierzu bieten die morgen stattfindenden Wahlen der dritten Klasse! Der Plan unserer Gegner wird vereitelt werden, wenn jeder Arbeiter und kleine Mann seine Pflicht erfüllt.

Es gilt alle Mandate, die die wirtschaftlich Schwachen, Unselbständigen und Besitzlosen zu vergeben haben, für die Sozialdemokratie zu erobern, der sie von Rechts wegen gehören. Bei uns das Streben nach kommunal-sozialem Fortschritt — bei den Gegnern der Mißbrauch der kommunalen Macht zu Gunsten des eigennützigen Privatkapitals! Parteigenossen! Müht die Säumigen auf! Arbeiter! An die Wahlurne! Ein Verräter, wer in diesem Kampfe feig zurückbleibt!

Vorwärts zum Siege!

Scuilleton.

Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Inspektor Heilmann hatte eine schwierige Herbstbestellung in diesem Jahre. Von seinem Herrn war ihm der Befehl geworden, Sonntags und Feiertags dürfe niemand Hand an Hacke, Karst, Sense oder Pflug legen; überhaupt weder auf Feld und Wiese noch im Hofe habe jemand eine Arbeit vorzunehmen. Ausgenommen solle allein das Füttern und Melken, das Kochen und Waschen sein. Wenn er etwa diesem Verbote zuwider bei der Arbeit antreffe, den habe er auf dem Flecke wegzujagen. „Meine Leute sollen ihren Sonntag haben!“ hatte der junge Gutsherr erklärt. Auf die Vorstellungen Heilmanns, daß sich das nicht durchführen lassen werde, erwiderte Kriebow: er wünsche, daß die Leute Zeit haben sollten, in die Kirche zu gehen. Der Beamte bezweifelte, ob die Dienstleute von der Gelegenheit Gebrauch machen würden. „Nun dann hat man das Seine wenigstens gethan,“ rief der Grabenhäger, ziemlich unwirsch. „Man wird nun einmal für seine Leute verantwortlich gemacht. Daß sie fröhlich dadurch werden, glaube ich auch nicht; aber der Pastor soll mir nicht wieder vorwerfen können, daß wir daran schuld wären, wenn die Kirche leer ist.“ — Als der Inspektor noch weitere Einwände hatte, bedeutete ihm der Gutsherr in einem Tone, der nicht mißzuverstehen war, er wünsche, daß man seinem Willen nachkomme. Mit grimmigem Miene verkündete Heilmann diese neue Einrichtung den Statthaltern. Die machten große Augen.

Das sei wohl Spaß vom Herrn Inspektor. Keine Sonntagsarbeit mehr für ganz Grabenhagen! — Ja, du lieber Gott, wann sollten denn die Dienstleute ihre „Lüften“ ausmachen und einfahren? Wann sollten sie Gras und Grummet mähen? Wann sollten sie düngen, wann Dorf stechen und Holz klein machen? — Heilmann hatte auf diese Fragen nur die Antwort: der Herr wolle es so. Auch die Löhnung werde in Zukunft statt Sonntags früh, bereits am Sonnabend ausgezahlt werden. „Dorrit dat de stücks et nah de Stadt dragen dohn!“ meinte der alte Krauger. „Oder tom Großpodarschen Kraug!“ fiel Kugel ein; der stets mit dem Munde vorweg war: „Hett he oof dat supen verbadent an! Sünndag?“ Der Inspektor zuckte die Achseln. Der vorwichtige Kugel wollte weiter wissen, ob ihnen die Herrschaft in Zukunft die Lüften beschaffen und graben werde; würde sie ihnen den Stall ausmisten? Würde sie ihnen im Haus und im Garten alle Arbeit verrichten? — Darüber wisse er nichts, erklärte der Inspektor. Am Sonntage werde von jetzt ab gefeiert, wer dawider handle; habe sich des Weggeschickwerdens gewärtig zu halten. Die Arbeiter sollten sehen, wie sie damit fertig würden; sie wüßten jetzt den Befehl des Herren. — Kopfschüttelnd gingen die Männer von dannen. Heilmann erwartete im Stillen, daß sich auch hier das Sprichwort bewahrheiten werde: „Es wird keine Speise so heiß gegessen, wie sie gekocht ist.“ Aber der Beamte täuschte sich diesmal. Am nächsten Sonntag noch während des ersten Läutens ließ der Grabenhäger faheln und ritt über die Felder; im Laufe des Nachmittags machte er einen Rundgang durchs Dorf, um sich mit eigenen Augen

zu überzeugen, ob seinem Befehle nachgekommen werde. Und so werde er es jetzt jeden Sonntag machen, stellte der Gutsherr in Aussicht. Die Arbeiter ließen durch ihren Statthalter beim Inspektor nachsuchen: sie wollten einen Tag in der Woche frei haben, für eigene Arbeiten, da ihnen der Sonntag weggenommen worden sei. Natürlich fanden sie bei dem Beamten taube Ohren. Das fehlte noch: Er wußte sowieso nicht, wie mit der Arbeit fertig werden. Die Tage wurden kürzer und kürzer. Das beliebte Mandöver, früh die Gutsuhr vorstellen zu lassen, nützte nur wenig. Den fremden Arbeitern Branntwein zu verabreichen, um sie willig zu machen zu Ueberstunden, war ja von oben herab auch untersagt worden. Der Sonnabend-Nachmittag wurde verkürzt durch die Löhnung. Alles das gehetzte von der Arbeitszeit. Schon kamen Tage, an denen es die Bitterung unmöglich machte, aufs Feld zu kommen mit den Geschirren. Und dabei war die Winterung noch nicht zur Hälfte im Felde, die Kartoffeln zum großen Teil noch zu graben, von den Mähen ganz zu schweigen. Wahelich unter solchen Verhältnissen den Leuten auch noch die Sonntagsarbeit verbieten; hieß doch jedes rationelle Wirtschaften geradezu unmöglich machen. Pah! — Heilmann konnte sich noch der Zeit entsinnen, wo die Dienstleute mit Stockprügeln reguliert wurden. Und jetzt — wenn's so fort ging — würde man jeden Statemann noch mit „Herr“ titulieren müssen und jede Kuhmagd mit „Fräulein“. Aber er tröstete sich: lange konnte es ja nicht währen; das war wohl nur so zu Anfang. Wenn man mit der Herbstbestellung nicht fertig werden würde, wenn im nächsten Frühjahr so und soviel Arbeitskräfte mehr gehalten werden mußten, vor allem, wenn's der Herr erst